

Doch keine Volksabstimmung?

SP lanciert Kompromiss zu den umstrittenen Sammelfächern des Lehrplans 21

Von Thomas Dähler

Liestal. Die traditionellen Schulfächer Geschichte, Geografie, Chemie, Physik, Biologie und Hauswirtschaft dürften an den Baselbieter Sekundarschulen kaum gänzlich abgeschafft werden. Möglich wäre, dass künftig zwar anstelle der traditionellen Fächer die neuen Sammelfächer im Stundenplan stehen, diese gesamthaft benotet, aber von verschiedenen Lehrkräften einzeln unterrichtet werden. Der Wechsel an der Spitze der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion von SP-Regierungsrat Urs Wüthrich zur freisinnigen Nachfolgerin Monica Gschwind könnte dazu führen, dass die Suppe beim Lehrplan 21 nicht ganz so heiss wie gekocht gegessen wird.

Mit dem Ja zu zwei Parlamentarischen Initiativen zum Lehrplan 21 und zu den Sammelfächern hat der Landrat einst die umstrittenen Dossiers dem abtretenden Bildungsdirektor entzogen. Inzwischen hat der Lehrplan aber an Sprengkraft verloren: Bei den Sammelfächern sind die zu erreichenden Kompetenzen in der revidierten Fassung pro herkömmliches Fach einzeln aufgelistet. Einigkeit herrscht auch darüber, dass der Lehrplan 21 für die einzelnen Niveaus der Sekundarschule unterschiedlich aufgeschlüsselt werden muss. Die neue Bildungsdirektorin hat zudem im Wahlkampf klargemacht, dass ihr Einzelfächer und kompetente Fachlehrkräfte wichtig sind.

Die SP, welche die Parlamentarischen Initiativen ablehnt, schlägt in

ihrer Vernehmlassungsantwort einen Kompromiss vor: Der Landrat soll den Lehrplan nur zur Kenntnis nehmen, aber die Möglichkeit erhalten, dessen Eckwerte wieder an die Regierung und den Bildungsrat zurückzuschicken, sollte er nicht einverstanden sein. SP-Landrat Christoph Hänggi will diese «Steilvorlage» in der Bildungskommission einbringen, damit sie die Möglichkeit erhält, statt einer umkämpften Volksabstimmung «den Königsweg» eines Kompromisses zu beschreiten. «Damit bieten wir der neuen Bildungsdirektorin die Möglichkeit, ihr Amt ohne Turbulenzen anzutreten.»

Der Bildungsrat, dessen Anliegen neuerdings von Vizepräsident Rolf Knechtli statt von Bildungsdirektor Wüthrich vertreten werden, spricht sich in der Vernehmlassung zur Sammelfächer-Vorlage der landrätlichen Bildungskommission zwar auch weiterhin gegen die feste Verankerung der traditionellen Fächer im Bildungsgesetz aus. Doch er ist neuerdings auch der Ansicht, dass die Sammelfächer «wenn nötig von Lehrerinnen und Lehrern mit Lehrbefähigung in den Einzelfächern unterrichtet werden können».

In der Vernehmlassungsvorlage kocht die Bildungskommission zudem die Suppe in der Frage der Sekundarlehrerausbildung zu heiss: Sie geht davon aus, dass die Einzelfächer wie Geschichte oder Geografie künftig an der Pädagogischen Hochschule (PH) nicht mehr angeboten werden. Stattdessen werde sie nur noch eine Ausbil-

dung in den Sammelfächern mit pro Einzelfach massiv gekürzter Fachausbildung anbieten. In Chemie beispielsweise würden für die Fachausbildung nur noch 7,7 Kreditpunkte statt der heutigen 23 verlangt.

Keine Schnellbleiche

Doch eine derart ausgedünnte Sekundarlehrerausbildung ist bei der PH der Fachhochschule Nordwestschweiz kein Thema. Dafür gibt es bis heute nicht nur keinen Auftrag des Regierungsausschusses, auch für die PH selber ist es unvorstellbar, dass künftig Sammelfächer gesamthaft im gleichen Umfang wie heute ein einzelnes Fach studiert werden können, wie bei der Medienstelle zu erfahren ist. Zwar arbeiten an der PH schon heute interdisziplinäre Professorentams. Doch in Anbetracht der unterschiedlichen Regelungen und Fächerkombinationen in den Kantonen ist davon auszugehen, dass die Lehrbefähigung auch an der PH weiterhin in den bestehenden Fächern erworben werden muss. Statt einer Schnellbleiche im Sammelfach ist auch künftig die volle Fachausbildung in allen Teilfächern gefordert.

Im Falle der viel kritisierten Fächerkombination «Wirtschaft, Arbeit, Haushalt» ist es gar nicht mehr vorgesehen, dass künftig in den Schulküchen auch noch Ökonomie im engeren Sinn unterrichtet wird. Das Fach Hauswirtschaft erfährt eine Erweiterung, etwa um wirtschaftliche Aspekte des Haushaltes oder um Aspekte der Gesundheit.